

In Wahljahren, ja in Superwahljahren wie diesem blühen die schnellen Urteile über die Volksparteien besonders bunt und ausgreifend: Das Parteiensystem habe sich dramatisch geändert, heißt es. Fünf- und Mehrparteiensysteme beherrschten nun die Parlamente. Vor allem: Die Volksparteien seien leblos und nicht mehr dazu in der Lage, ihre Hauptaufgabe der Bindung gegenüber den Wählerinnen und Wählern zu erfüllen. Eine strukturelle linke Mehrheit dominiere die Szene, und bürgerliche Koalitionen seien kaum noch möglich. Überdies trügen Wähler, die sich erst spät entschieden, zur Unsicherheit und Unberechenbarkeit des Parteiensystems bei. Mit diesen Erosionsprozessen des Parteiensystems sei auch die Stabilität des gesamten politischen Systems in Deutschland in Gefahr.

Was ist dran an diesem Horrorszenario? Bestätigt die Bundestagswahl gleichsam als fulminanter Schlusspunkt dieses politisch spannenden Jahres diese abenteuerlichen Thesen? Die Bundesrepublik blickt im sechzigsten Jahr ihres Bestehens auf eine beispiellose Geschichte der Stabilität ihres demokratisch-parlamentarischen Regierungssystems zurück. Einer der wichtigsten Garanten dieser Stabilität sind die Volksparteien. Ihre Bedeutung liegt zweifelsohne vor allem in ihrer Integrationskraft und in ihrem Willen und ihrer Fähigkeit zur Übernahme von Verantwortung.

Auf den ersten Blick scheint die geschilderte Untergangsvision nicht ganz ohne jede Grundlage: Die Abschottung

und Polarisierung der Parteien untereinander scheint in den Augen der Wählerinnen und Wähler abzunehmen, neue Koalitionsoptionen tauchen auf. Aus den Landtagswahlen seit 1990 sind mehr als zehn verschiedene Regierungsmuster hervorgegangen. Rot-Rot-Grün auch in westdeutschen Ländern, Jamaika et cetera – Konstellationen, die in den hitzigen Debatten nach dem Wahlabend 2005 noch als Absurdität disqualifiziert worden sind, scheinen nun am Ende des Wahljahres nicht mehr gänzlich irrealen Optionen zu sein. Hat sich also der Trend zum „fluiden Fünfparteiensystem“, von dem Oskar Niedermayer spricht, bestätigt? Bleibt alles anders nach den fünfzehn Wahlen des „Superwahljahres“ 2009?

Ein Trend hat sich jedenfalls bei den vier Landtagswahlen in Hessen, im Saarland, in Sachsen und in Thüringen und bei der Bundestagswahl bestätigt: Das Wahlverhalten der Wähler ist deutlich schwerer berechenbar. Einschätzungen zum Wahlverhalten vor dem Wahltag stehen aufgrund des hohen Anteils Unentschlossener und Wechselbereiter auf wackligen Beinen und bereiten den Demoskopern „schlaflose Nächte“. Beinahe jede Wahl dieses Jahres brachte „erdbebenartige Verluste“ für die eine oder andere Partei mit sich. Mit einem Minus von dreizehn Prozent musste die SPD gleich zu Beginn des Superwahljahres in Hessen massive Einbußen hinnehmen, die kleineren Parteien FDP und Grüne profitierten und konnten um 6,8 beziehungsweise 6,2 Prozentpunkte zulegen.

Aber die Hessenwahl fördert einen bemerkenswerten Trend zutage, der dieses Wahljahr dominiert und am Ende seinen Höhepunkt in der Bundestagswahl gefunden hat: Es ist ein eher klassisches Koalitionsmuster, das nach einigen der fünfzehn Wahlen, die auf die hessische Entscheidung folgten, eine Mehrheit auf sich vereinen konnte: ausgerechnet das schwarz-gelbe Bündnis. Trotz der Etablierung eines „Fünfparteiensystems“ in Hessen aus CDU (37,2 Prozent), SPD (23,7 Prozent), FDP (16,2 Prozent), Grünen (13,7 Prozent) und Linken (5,4 Prozent) konnten CDU und FDP eine gemeinsame bürgerliche Mehrheit bilden. Das ist nicht nur im Hinblick auf das scheinbar oder tatsächlich volatile, das schwerer einschätzbare Stimmverhalten der Wählerinnen und Wähler bemerkenswert. Es ist auch in inhaltlicher Perspektive bezeichnend. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat das Vertrauen in ein bürgerliches Bündnis nicht etwa erschüttert. Nein, sie hat eine Kompetenz in den Vordergrund der Wahlentscheidung gerückt, die dann nach Hessen zum dominierenden und wahlentscheidenden Faktor des ganzen Jahres wurde: die Wirtschaftskompetenz. Das Thema Wirtschaft, das in vorangegangenen Landtagswahlen der vergangenen Jahre nicht zu den Topprioritäten gehörte, stand plötzlich an der Spitze. Die „Protestparteien“ – allen voran „Die Linke“ – profitierten bereits bei dieser ersten Wahl überraschenderweise nicht.

Die Hessen-Wahl ist trotz ihrer offensichtlichen Besonderheiten noch aus einem anderen Grund unter dem Strich paradigmatisch für den Verlauf des gesamten Wahljahres: die Bedeutung des Faktors „Glaubwürdigkeit“! Nachdem Andrea Ypsilanti nach der Landtagswahl am 27. Januar 2008 ihr mehrmals gegebenes Versprechen, sich nicht mit Stimmen der Linken zur Ministerpräsidentin wählen zu lassen, gebrochen hatte, wurde sie in der Wählerschaft immer negativer be-

urteilt. Bei der Wahl ein knappes Jahr später, am 18. Januar 2009, erachteten 63 Prozent der Wähler das Thema „Wortbruch“ als „sehr wichtig/wichtig“. Es waren ihr Wortbruch und ihre Uneinsichtigkeit, die als Arroganz empfunden wurden und dann in der Folge zur Mobilisierung des bürgerlichen Lagers und zum Zuspruch für CDU und vor allem FDP geführt haben. 72 Prozent gaben in Befragungen an, eine Minderheitenregierung mit Tolerierung durch die Linke abzulehnen. Es war der Wunsch der Wähler nach stabilen Verhältnissen, nach pragmatischem und lösungsorientiertem Handeln, der zur Ablehnung des „hessischen Modells“ führte. Und diese Sehnsucht nach klaren Verhältnissen und Problemlösungen war es zugleich, die dem „Höhenflug“ der Linken ein Ende bereitet hat.

„Der Fehler ist gemacht“

Zwar konnte die Linke in Hessen nach 2008 auch 2009 erneut ihr Wählerreservoir mobilisieren. Darüber hinaus gewann sie aber keine neuen Wähler. Auch das scheint mit Ausnahme des Landtagswahlergebnisses im Saarland, das in großem Maße mit dem Namen Lafontaine verbunden ist und einen Sonderfall darstellt, eine gewisse Konstante des Wahljahres geworden zu sein. „Der Fehler ist gemacht“, war Franz Münteferings Kommentierung der strategischen Öffnung der SPD unter Kurt Beck für Koalitionen mit der Linken in den Ländern. In allen Ländern, in denen Wahlen anstanden, ist die SPD den Schatten der Linkspartei und den Druck, eine klare Position ihr gegenüber einzunehmen, nicht losgeworden. Besonders drückend war dieser Schatten allerdings dann doch in dem Land an der Saar, dessen Landtagswahl bei näherem Hinsehen noch einen anderen interessanten Akzent zutage gefördert hat, der ebenso auch bei den übrigen Landtagswahlen des Superwahljahres zu beobachten war. Es war nicht die Bundespolitik, sondern es

waren landespolitische Themen, die die Wahlentscheidungen begründet haben, und es war ein hoher Grad der „Personalisierung“, der Auswirkungen auf die Wahlen hatte. Während beide Großparteien Verluste hinnehmen mussten (CDU: 34,5 Prozent/-13; SPD: 24,5 Prozent/-6,3), konnte insbesondere die Linke mit ihrem Spitzenkandidaten Oskar Lafontaine außerordentlich hohe Zugewinne verbuchen (21,3 Prozent/+19). Die FDP folgte mit 9,2 Prozent vor den Grünen mit 5,9 Prozent. Für 59 Prozent der Wähler der Linken im Saarland war nicht etwa die Partei, sondern die Person Lafontaines selbst entscheidend.

Der Jubel, dass nunmehr auch der „Westen“ von einer außerordentlich starken Linkspartei überschwemmt werde, entbehrt allerdings jeder Grundlage. Ohne einen expliziten Personenwahlkampf mit dem früheren Bundesfinanzminister und ohne eine realistische Machtperspektive, die ihr die SPD vor der Wahl ausdrücklich durch Äußerungen ihres Spitzenkandidaten Heiko Maas eröffnet hatte, wäre das überragende Abschneiden der Linkspartei bei dieser Wahl unvorstellbar gewesen.

Personalisierung und Sachkompetenzen

Wenn die Gewinne der Linken tatsächlich einen „Sonderfall Saar“ bilden, was ist dann mit dem Abschneiden der CDU und der SPD? Also doch das „Horrorzenario“ und die Volksparteien am Ende? Von wegen Wirtschaftskompetenz und Führungskraft in der Finanzkrise? Die Verluste der CDU im Saarland wie auch in Thüringen sind in der Tat beispiellos hoch. In Thüringen bleibt die CDU mit 31,2 Prozent (-11,8) stärkste Kraft, gefolgt von der Linken (27,4 Prozent/+1,3), der SPD (18,5 Prozent/+4), der FDP (7,6 Prozent/+4) und den Grünen (6,2 Prozent/+1,7). In beiden Fällen ist nicht von der Hand zu weisen, dass ein gewisser „Ab-

nutzungseffekt“, der sich nach zehn Jahren Regierungszeit mit absoluter Mehrheit eingestellt hatte, mit ausschlaggebend für dieses Ergebnis war. In beiden Ländern war laut Umfragen die Zufriedenheit mit den amtierenden Ministerpräsidenten massiv zurückgegangen.

Mangelnde Sachkompetenz war es nicht, die die CDU hier den Wahlsieg gekostet hat. Die Analysen des Wahlergebnisses bei Instituten und in der Presse zeigten deutlich, dass die CDU in der Finanz- und Wirtschaftskrise auch in den beiden Ländern weiterhin als die Wirtschaftspartei eingestuft wurde. Im Saarland sah sie eine relative Mehrheit sowohl in der Arbeitsmarkt- (30 Prozent CDU, 23 Prozent SPD) als auch in der Wirtschaftspolitik (31 Prozent CDU, 19 Prozent SPD) vorn. In Thüringen wurde die Arbeitsmarktpolitik als wichtigstes Thema genannt und der CDU hier mit 25 Prozent eine höhere Kompetenz beigemessen als der SPD (15 Prozent) und der Linken (10 Prozent). Auch in der Wirtschaftspolitik wurde der CDU in Thüringen eine höhere Sachkompetenz bescheinigt (CDU 33 Prozent, SPD 12 Prozent, Linke 7 Prozent).

Bei der Wahl in Sachsen hingegen stimmten die Kompetenzvermutung für die Partei und die Einschätzung des Kandidaten deutlich überein. In Sachsen gaben 64 Prozent an, das CDU-geführte Land sei im Vergleich mit anderen ostdeutschen Bundesländern ökonomisch besser aufgestellt. 69 Prozent sehen Sachsen gut auf die Zukunft vorbereitet. In den Bereichen Arbeitsmarkt und Wirtschaft führte die CDU deutlich vor den Mitbewerbern (Daten: Forschungsgruppe Wahlen). Zugleich sind es 68 Prozent der Sachsen, die ihrem Ministerpräsidenten bescheinigen, er mache einen guten „Job“.

Wenngleich auch in Sachsen eher landespolitische Motive ausschlaggebend für die Wahlentscheidung waren, sind die Grundmuster des Erfolges doch ähnlich: Auf der einen Seite herrscht eine

hohe Affinität der Wählerinnen und Wähler zum Spitzenkandidaten beziehungsweise zur Spitzenkandidatin. Auf der anderen Seite ist trotz Vertrauensseinbußen auch die Affinität gegenüber den Kompetenzen der Union immer noch deutlich höher. „Kanzlerin und Kompetenzen“ waren nach der Einschätzung der Forschungsgruppe Wahlen entscheidend für die Tatsache, dass die CDU nun in einer Koalition mit der FDP das Land regieren kann: „Die zentralen Elemente des Wahlsieges der Union sind ihre Leistungsbilanz, ihr Parteiansehen und primär eine Kanzlerin, die mit guter Arbeit und bester Reputation die teils erheblichen Vertrauensverluste in die Sachkompetenzen der C-Parteien kompensiert.“ Dass in den ersten Wahlanalysen – insbesondere was die FDP betrifft – in größerem Maße „strategisches Wahlverhalten“ und die Aufspaltung von Erst- und Zweitstimme konstatiert werden, zeigt, dass die FDP ohne jeden Zweifel ebenfalls vom „Vertrauensbonus“ für die Kanzlerin ganz erheblich profitiert hat.

Aber auch was die Partei angeht, ist der Kompetenzvorsprung gegenüber den demokratischen Mitbewerbern trotz Verlusten noch immer deutlich greifbar: In den von den Wählern als besonders wichtig erachteten Politikfeldern führt die Union in der Tat in den Kompetenzen überwiegend deutlich vor der SPD. Hinsichtlich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vertrauen 29 Prozent der Union, 21 Prozent nennen die SPD. In der Wirtschaftspolitik nennen 34 Prozent die Union als Partei mit den überzeugendsten Konzepten, nur 15 Prozent verweisen auf die SPD. „Die Union ist“, so die Journalistin Mariam Lau, „unter allen Parteien diejenige mit dem ausgeprägtesten Verantwortungsgefühl für Deutschland.“

Den deutlichsten Hinweis darauf, dass die These vom baldigen Tod der Volksparteien – zumindest in Bezug auf die CDU – bei dieser Wahl keine wirkliche

Fundierung erfahren hat, kann man allerdings den sozialstrukturellen Daten entnehmen. Die Analyse des Wahlverhaltens in den Bevölkerungsgruppen zeigt, dass die Union in allen Altersgruppen mit den jeweiligen Spitzenwerten der Parteien vertreten ist, ihre höchsten Werte erreicht sie bei den über Sechzigjährigen. Insgesamt kann sie in allen Bevölkerungsgruppen und mit Ausnahme der Arbeitslosen auch beim Erwerbsstatus der Wählerinnen und Wähler ausgeglichen hohe Werte aufweisen. Die These von der „letzten Volkspartei“, die Mariam Lau in ihrem gleichnamigen Buch aufgestellt hat, scheint sich mit der Bundestagswahl 2009 zu bestätigen. Keine deutsche Partei ist in allen Gruppierungen so relativ gleichmäßig vertreten wie die CDU.

Dramatisch stellt sich die Situation hingegen bei der SPD dar: Die massiven Verluste der SPD (minus 11,2 Prozentpunkte) spiegeln sich in allen Bevölkerungsgruppen. Sie verlor stark bei den Jungen, vor allem bei den unter Dreißigjährigen, sowie bei Arbeitern, Angestellten und Arbeitslosen, bei ihrer Kernklientel.

Die „Partei der Arbeitslosen“ ist nicht mehr die SPD, sondern nunmehr die Linke, die in dieser Gruppe Spitzenwerte im Vergleich zu den anderen Parteien erreicht. Zwar ist die SPD bei Gewerkschaftsmitgliedern noch immer die stärkste Partei, hat aber auch hier große Verluste von minus 13,7 Prozent hinzunehmen. Von den mehr als sechs Millionen Wählern, die die SPD im Vergleich zur Bundestagswahl 2005 verloren hat, ging der höchste Anteil laut Infratest dimap in das „Nichtwählerlager“.

Die Verluste der SPD lassen sich auf mehrere Faktoren zurückführen. Kaum ein Viertel der Gesamtbevölkerung glaubte, dass die SPD Deutschland am besten durch die Finanz- und Wirtschaftskrise führen werde. 69 Prozent, so Infratest, meinten, bei der SPD nicht zu wissen, was die Partei nach der Wahl vor-

gehabt habe. 67 Prozent gaben an, dass die Partei mit Hartz IV und der Rente mit 67 sozialdemokratische Prinzipien aufgegeben habe. Das zeigt das Dilemma der deutschen Sozialdemokratie auf, in dem sie sich seit 1998 befindet. Sie hat es zunächst nicht vermocht, ihre reformpolitischen Impulse, die das Ziel verfolgten, die sozialen Sicherungssysteme den neuen Gegebenheiten und Herausforderungen anzupassen, in eine „sozialdemokratische Erzählung“ einzubetten und damit ein einendes Band um die einzelnen Gruppierungen innerhalb der Partei zu ziehen. Ihr Profil blieb zwischen den Reformern und den Linken in der eigenen Partei, zwischen dem „vorsorgenden Sozialstaat“ und dem „demokratischen Sozialismus“ im eigenen Programm mehr als uneindeutig. Wofür die Sozialdemokratie im Kern wirklich steht, ist den Bürgerinnen und Bürgern bis zuletzt nicht klar geworden. Zwischen den „Polen“ oszillierend, hat sie letztlich die Ränder ihres eigenen Spektrums in der gesellschaftlichen Mitte und auf der linken Seite verloren, was sich in der Analyse der Wählerwanderung deutlich widerspiegelt. Es sind die Union und die Grünen, besonders aber die Linke, die gemeinsam von den Verlusten der SPD profitieren.

Die Linke, die in Ostdeutschland mit sechzehn mehr Direktkandidaten stellt als zuvor, hat damit mehr als doppelt so viele Wahlkreise im Osten Deutschlands direkt geholt wie die SPD. Sie hatte ihr Wählerreservoir bei dieser Bundestagswahl vor allem bei Bürgern, die meinen, es gehe in Deutschland eher ungerecht zu, und die ihre Gerechtigkeitsvorstellungen beim Kanzlerkandidaten Steinmeier und der SPD nicht gewahrt sahen. Es ist die Wählerschaft der Linken, die im Vergleich zum Elektorat der anderen Parteien besonders hohen Wert auf die Gerechtigkeitsfrage legt. Dieses Thema war auch für die Entscheidung ihrer neu hinzugewonnenen Wähler – die Linke holte

wie auch FDP und Grüne ihr bisher bestes Ergebnis bei einer Bundestagswahl; sie wurde mit 11,9 Prozent (2005: 8,7 Prozent) zweistellig – bestimmend. Mitbestimmend dürfte den Umfragen zufolge auch die wachsende subjektive Befürchtung vor steigender Arbeitslosigkeit im kommenden Jahr gewesen sein. Der Arbeitsmarkt stand als Thema bei der Linken gleich hinter der Gerechtigkeitsfrage an der zweiten Stelle.

Wer leichtfertig das Grablicht für die Volksparteien entzündet, der verweist immer besonders gerne, auf solche hohen Stimmengewinne bei den kleinen Parteien und leitet daraus einen klaren Beweis für die angeblich weiter fortschreitende Fragmentierung des Parteiensystems ab. In der Tat haben sich die „Kleinen“ in den fünfzehn Wahlen in diesem Jahr in der Wählergunst deutlich gesteigert, auch und gerade bei der Bundestagswahl – kein allzu verwunderliches Phänomen bei einer Großen Koalition, die immer die vermeintlich klareren und inhaltlich homogeneren und klientelorientierten kleineren Formationen stärkt. Die Grünen erreichten zwar ihr bisher bestes Ergebnis und legten auf 10,7 Prozent zu. Mit den hinzugewonnenen 2,1 Prozentpunkten sind sie aber nur fünftstärkste Kraft. Dabei gewannen sie in allen Bevölkerungsgruppen. Ihren größten Zuspruch erlangten sie bei unter Dreißigjährigen, bei jungen Frauen und besser Gebildeten. Die FDP holte ihr bisher bestes Ergebnis und liegt bei 14,6 Prozent. Sie gewann in allen Bevölkerungsgruppen, mit Ausnahme der über Sechzigjährigen, Arbeitslosen und Gewerkschaftsmitglieder, recht gleichmäßig hinzu. Einen hohen Anteil ihres Zuspruchs konnte sie von Wählern generieren, die strategisch wählten: Unionswähler, die mit ihrer Zweitstimme eine schwarz-gelbe Mehrheit sichern wollten.

Viel spannender als die „Trennlinie“ zwischen den „Großen“ und den „Klei-

nen“ ist für die Frage nach der Zukunft der Volksparteien allerdings die Trennlinie zwischen den politischen Lagern. Sie sind nach wie vor existent in einer „50-zu-50-Gesellschaft“, von der der Wahlforscher Klaus-Peter Schöppner gesprochen hat. Die vielfach beschworene These von der „strukturellen linken Mehrheit“ in Deutschland scheint zumindest vor diesem Hintergrund so nicht aufrechtzuerhalten zu sein. Das „linke Lager“, bei den Bundestagswahlen 1998, 2002 und 2005 immer über fünfzig Prozent, konnte diese Marge 2009 deutlich nicht erreichen: Zu groß waren die Verluste der SPD, zu hoch die Gewinne der FDP.

Das bedeutet für die Union nicht allein, dass Koalitionen zwischen Union und FDP nach wie vor im Bereich des Möglichen liegen, sondern es bedeutet auch, dass sich das Potenzial der Union mit dieser Bundestagswahl trotz der prozentualen Stimmenverluste nicht wirklich negativ verändert hat. Die strategischen FDP-Wähler sind für sie weiterhin ebenso erreichbar wie ehemalige Wähler der SPD. Das zeigen die Wählerwanderungsbilanzen, das zeigt aber auch die Langzeitanalyse des Instituts für Demoskopie Allensbach. Demnach ist zwar der Anteil der Stammanhänger zurückgegangen. Das „strategische Potenzial“ der Union habe sich aber seit 1974 nicht wesentlich verändert. Es liegt bei 49 Prozent. „Der Trend zur Schwächung der Volksparteien [lässt] sich auch umkehren“, so Thomas Petersen für Allensbach. „Nach wie vor haben beide Volksparteien [...] ein Potential, das weit über ihre aktuellen Wahlergebnisse hinausreicht. Nichts spricht dafür, dass es in Zukunft unmöglich ist, dieses Potential wieder besser auszuschöpfen oder gar zu erweitern“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 30. September 2009).

Bleibt alles anders?

Bleibt alles anders? Die Auflösung ehemals traditionell an Volksparteien gebun-

dener Schichten, die Individualisierung und Fragmentierung der Gesellschaft, der Wertewandel – diese Veränderungstrends würden die Basis der Volksparteien schwinden lassen. Eine Behauptung, die gemeinhin kopfnickend hingenommen wird. Der Blick auf die Kompetenzen und die Wählerstruktur der Union bei den Landtags- und den Bundestagswahlen stützt indessen die Rede vom baldigen Ende der Volksparteien nicht.

Die These vom dauerhaften Schwinden von Volksparteien wäre nur dann richtig, wenn die Parteien nicht auf gesellschaftliche Veränderungen reagieren würden. Dass gerade in einer Situation, in der alte Sicherheiten in Gesellschaft und Wirtschaft schwinden, die mit dem vermeintlichen Stigma der „neoliberalen Kälte“ belegten Parteien Union und FDP Mehrheiten in den Ländern und im Bund bilden, dass ein CSU-Wirtschaftsminister mit einem dezidiert ordnungspolitischen Kurs in seinem Wahlkreis mit 68,1 Prozent das beste Unionsergebnis bei der Direktwahl erzielt – all das zeugt von einer reflektiert agierenden und abwägenden Wählerschaft. Eine Wählerschaft, die allerdings genau beobachten wird, ob die Union ihre Sachkompetenzen weiter ausbaut, Angebote für alle gesellschaftlichen Gruppen macht und reine Klientelpolitik vermeidet, weiterhin auf neue gesellschaftliche Herausforderungen reagiert, die Antworten darauf aus dem christlichen Menschenbild ableitet und somit ihre programmatische Tiefe deutlich macht. Insofern ist die Aufforderung von Mariam Lau, mehr „spirituelle Landschaftspflege“ zu betreiben, eine offene und engagierte Diskussion in der Partei zu führen und dabei auch das Grundsatzzprogramm der CDU wieder in den Fokus der Diskussion zu stellen, der richtige Weg und die Garantie dafür, dass die „letzte Volkspartei“ ihren Status als solche auch in Zukunft bewahren und weiter ausbauen kann.